



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Wirtschaftsausschuss
- L 214 -

Kiel, 12. September 2013
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1142
(0431) 988 1171
Fax (0431) 5300 4 1180
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die 21. Sitzung des

Wirtschaftsausschusses

*am Mittwoch, dem 11. September 2013,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 10:05 Uhr

Zu Beginn seiner Sitzung führte der Wirtschaftsausschuss eine mündliche Anhörung zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Notwendigen Ausbau der A 7 optimal vorbereiten**, [Drucksache 18/823](#), und den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/877](#), durch. Es schloss sich eine Diskussion an. Der Ausschuss fasste eine Fortsetzung der Beratung für die Oktobersitzung ins Auge.

Auf Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/1721](#), informierte St Dr. Nestle den Ausschuss über die **Problematik der Flugsicherung in Hinblick auf Windparks im Kreis Ostholstein**.

Den Bericht der Landesregierung betreffend **Energiewende und Klimaschutz in Schleswig-Holstein - Ziele, Maßnahmen und Monitoring**, [Drucksache 18/889](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Nachhaltigkeitsbeirat für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/970](#), empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU empfahl er dem federführenden Umwelt- und Agrarausschuss, den zum selbstständig erklärten Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Energiewendebeirat**, [Drucksache 18/1071](#), dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Die Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/909](#), sowie dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend **Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsländ**, [Drucksache 18/952](#), stellte der Ausschuss mit der Maßgabe zurück, in eine seiner nächsten Sitzungen Vertreter der Tourismusagentur Schleswig-Holstein und den Beauftragten

für Menschen mit Behinderung des Landes Schleswig-Holstein zu einem Gespräch einzuladen. Ebenfalls auf eine spätere Sitzung verschob er die Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Schleswig-Holstein voranbringen**, [Drucksache 18/910](#), um den im September erwarteten Bericht der Landesregierung zu demselben Thema abzuwarten.

Nach einer Diskussion lehnte der Ausschuss mehrheitlich ab, zum **Entwurf eines Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein** der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/620](#), und dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/662](#), eine mündliche Anhörung durchzuführen. Er beendete sodann seine Beratungen zu den Vorlagen und gab jeweils vorbehaltlich des noch ausstehenden Votums des beteiligten Sozialausschusses dem Landtag seine Empfehlungen ab. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP empfahl er dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/662](#), zur Ablehnung. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP empfahl er dem Landtag den Entwurf eines **Mindestlohngesetzes für das Land Schleswig-Holstein** der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/620](#), mit den Änderungen des [Umdrucks 18/1726](#) zur Annahme.

Den Änderungsantrag der Fraktion der FDP betreffend **Lohnuntergrenzen** empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimme der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der CDU zur Ablehnung. Ebenfalls zur Ablehnung empfahl der Ausschuss dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Tarifoffene, allgemein verbindliche Lohnuntergrenze - Tarifautonomie wahren**, [Drucksache 18/619](#), mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN empfahl der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Europaausschuss, dem Landtag den Antrag der Fraktion der CDU betreffend **Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum - Chancen für Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/257](#), in der durch die [Drucksache 18/408](#) geänderten Fassung zur Annahme zu empfehlen.

Den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend die **Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirksamer kontrollieren - Lohndumping bekämpfen**, [Drucksache 18/746](#), empfahl der mitberatende Wirtschaftsausschuss dem federführenden Europaausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung eines **Anerkennungsgesetzes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/994](#), beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen waren bereits vom Bildungsausschuss aufgefordert worden, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer des Wirtschaftsausschusses bis zum Ende der laufenden Woche zu benennen.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen (Spielhallengesetz - SpielhG)**, [Drucksache 18/918](#), stellte der Wirtschaftsausschuss zunächst zurück und nahm in Aussicht, dazu in seiner nächsten Sitzung eine Anhörung zu beschließen.

Sodann schloss sich der Ausschuss dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, dem Landtag den **Bericht der Landesregierung zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Wohnraum in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/563](#), zur Kenntnisnahme zu empfehlen. Er beschloss zudem, seine Beratung zum Antrag der Fraktion der FDP betreffend **Schaffung bezahlbaren Wohnraums ermöglichen**, [Drucksache 18/599](#), zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen.

Den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zur **Einrichtung eines Registers zum Schutz fairen Wettbewerbs**, [Drucksache 18/827](#), empfahl der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen mit den Änderungen des [Umdrucks 18/1725](#) zur Annahme.

Nach einer kurzen Diskussion beschloss der Ausschuss mehrheitlich, seine Beratungen zum Antrag des Abg. Hamerich betreffend **Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan 2015**, [Umdruck 18/1717](#) und [Umdruck 18/1722](#), zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen.

Folgende Punkte setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Feldes- und Förderabgabe den Risiken der Erdöl- und Erdgasförderung anpassen**
Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1062](#)
- **Mehr Klarheit für Verbraucher bei Strompreis und EEG-Umlage**
Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/1041](#)
- **Netzneutralität stärken**
Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/852](#)
- **Lückenlose Videoüberwachung in Schleswig-Holsteins Zügen verhindern**
Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/626](#)
- **Regionale Kompetenz erhalten und nutzen**
Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/849](#)

Schluss: 13:50 Uhr

gez. Thomas Wagner